

MINISTERIALBLATT

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

Ausgabe A

29. Jahrgang	Ausgegeben zu Düsseldorf am 10. März 1976	Nummer 18
---------------------	--	------------------

Inhalt

I.

Veröffentlichungen, die in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBL NW.) aufgenommen werden.

Glied.-Nr.	Datum	Titel	Seite
20310	27. 1. 1976	Gem. RdErl. d. Finanzministers u. d. Innenministers Vierzigster Tarifvertrag zur Änderung und Ergänzung des Bundes-Angestelltentarifvertrages vom 16. Dezember 1975.	268
20310	27. 1. 1976	Gem. RdErl. d. Finanzministers u. d. Innenministers Änderungstarifvertrag Nr. 28 zum MTL II vom 16. Dezember 1975	269
20319	9. 2. 1976	Gem. RdErl. d. Finanzministers u. d. Innenministers Änderungstarifvertrag Nr. 1 vom 25. November 1975 zum Manteltarifvertrag für Auszubildende vom 6. Dezember 1974	270
2061	11. 2. 1976	RdErl. d. Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Mustersatzungen für die Satzungen über die Abfallbeseitigung in den kreisfreien Städten, Kreisen und kreisangehörigen Gemeinden	271
2120	11. 2. 1976	RdErl. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales Beistandspflicht der Gesundheitsämter gegenüber den Finanzämtern; Amtsärztliche Bescheinigung zur Erlangung von Steuervergünstigungen für Kraftfahrzeugkosten der Körperbehinderten	271
21504	12. 2. 1976	RdErl. d. Innenministers Ärztliche Untersuchung der früheren LSHD-Helfer	271
21703	10. 2. 1976	RdErl. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales Kosten der Rückführung von Deutschen aus dem Ausland.	271
2370	6. 2. 1976	RdErl. d. Innenministers Förderung des sozialen Wohnungsbaues; Förderungsfähigkeit von Fertighäusern	272
631	10. 2. 1976	RdErl. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales Veräußerung von Vermögensgegenständen	272
71020	9. 2. 1976	RdErl. d. Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr Durchführung des Ingenieurgesetzes	272
79011	10. 2. 1976	RdErl. d. Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Vorschrift zur Sicherung der Grenzen in den staatlichen Forstbetrieben des Landes Nordrhein-Westfalen (GreSi 69)	272
79031	2. 2. 1976	RdErl. d. Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Zulassung von Pappelsorten zur vegetativen Vermehrung	272
79033	5. 2. 1976	RdErl. d. Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Ortsfeste Hütten in den staatlichen Forstbetrieben des Landes Nordrhein-Westfalen	275
8300	6. 2. 1976	RdErl. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales Bereinigung der Verwaltungsvorschriften auf dem Gebiet der Kriegsopferversorgung	275

II.

Veröffentlichungen, die nicht in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBL NW.) aufgenommen werden.

Datum	Titel	Seite
	Ministerpräsident	
16. 2. 1976	Bek. - Liste der Konsularischen Vertretungen in Nordrhein-Westfalen, Stand Januar 1976.	275
	Ministerpräsident - Chef der Staatskanzlei	
11. 2. 1976	Bek. - Karte „Nordrhein-Westfalen - Verwaltungsgrenzen -“	276
	Justizminister	
	Stellenausschreibung für das Obergerverwaltungsgericht Münster und für das Finanzgericht Münster	277
	Personalveränderungen	
	Innenminister	276
	Hinweise	
	Inhalt des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Land Nordrhein-Westfalen	
	Nr. 10 v. 26. 2. 1976	277
	Nr. 11 v. 1. 3. 1976.	277
	Inhalt des Justizministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen	
	Nr. 5 v. 1. 3. 1976	278

I.

20310

**Vierzigster Tarifvertrag
zur Änderung und Ergänzung
des Bundes-Angestelltentarifvertrages
vom 16. Dezember 1975**

Gem. RdErl. d. Finanzministers – B 4100 – 1.2 – IV 1 –
u. d. Innenministers – II A 2 – 7.20.01 – 1/76 –
v. 27. 1. 1976

A.

Den nachstehenden Tarifvertrag, durch den der Bundes-Angestelltentarifvertrag (BAT) vom 23. Februar 1961 (bekanntgegeben mit dem Gem. RdErl. v. 24. 2. 1961 – SMBl. NW. 20310 –) geändert und ergänzt wird, geben wir bekannt:

**Vierzigster Tarifvertrag zur Änderung
und Ergänzung des Bundes-Angestelltentarifvertrages
vom 16. Dezember 1975**

Zwischen

der Bundesrepublik Deutschland,
vertreten durch den Bundesminister des Innern,
der Tarifgemeinschaft deutscher Länder,
vertreten durch den Vorsitz der Vorstände,

der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände,
vertreten durch den Vorstand,

einerseits

und

der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
– Hauptvorstand –,

der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft
– Bundesvorstand –

andererseits

wird folgendes vereinbart:

§ 1**Änderung und Ergänzung des BAT**

Der Bundes-Angestelltentarifvertrag, zuletzt geändert und ergänzt durch den Neununddreißigsten Tarifvertrag zur Änderung und Ergänzung des BAT vom 23. Juli 1975, wird wie folgt geändert und ergänzt:

1. § 29 erhält die folgende Fassung:

„§ 29**Ortszuschlag**

Der Ortszuschlag wird in sinngemäßer Anwendung der für die Beamten des Arbeitgebers jeweils geltenden Bestimmungen gewährt. § 11 Satz 2 gilt entsprechend. Bei nicht-vollbeschäftigten Angestellten ist in Fällen der Anspruchskonkurrenz nach § 40 Abs. 5 und 6 des Bundesbesoldungsgesetzes (BBesG) § 34 Abs. 1 auf den Ehegattenbestandteil und auf den kinderbezogenen Anteil des Ortszuschlags nicht anzuwenden, wenn bei teilzeitbeschäftigten Beamten auf diese Teile des Ortszuschlags § 6 BBesG nicht anzuwenden ist.

Protokollnotiz:

Bei der sinngemäßen Anwendung der für die Beamten des Arbeitgebers jeweils geltenden Bestimmungen sind auch Kinder zu berücksichtigen, für die aufgrund des Rechts der Europäischen Gemeinschaften oder aufgrund zwischenstaatlicher Abkommen in Verbindung mit dem Bundeskindergeldgesetz (BKGG) Kindergeld zusteht oder ohne Berücksichtigung der §§ 3, 8 BKGG oder entsprechender Vorschriften zustehen würde.“

2. Die SR 2 e I werden wie folgt geändert:

- a) In Nr. 9 a Abs. 2 Buchst. c werden die Zahl „52“ durch die Zahl „53“ und die Zahl „6“ durch die Zahl „5“ ersetzt.
- b) In Nr. 12 werden die Zahl „52“ durch die Zahl „53“ und die Zahl „55“ durch die Zahl „56“ ersetzt.
- c) In Nr. 13 Satz 1 werden das Wort „Siebeneinhalbfachen“ durch das Wort „Fünffachen“ und die Worte „12000,- DM“ durch die Worte „8000,- DM“ ersetzt.

3. Die SR 2 h werden wie folgt geändert:

a) Nr. 6 Abs. 2 Buchst. c wird wie folgt geändert:

- aa) In Doppelbuchstaben aa werden die Zahl „52“ durch die Zahl „53“ und die Zahl „6“ durch die Zahl „5“ ersetzt.
- bb) In Doppelbuchstaben bb werden die Zahl „55“ durch die Zahl „56“ und die Zahl „3“ durch die Zahl „2“ ersetzt.

b) Nr. 9 wird wie folgt geändert:

- aa) In Absatz 1 werden im Buchstaben a die Zahl „52“ durch die Zahl „53“, im Buchstaben b die Zahl „55“ durch die Zahl „56“ ersetzt.
- bb) In Absatz 2 werden die Zahl „52“ durch die Zahl „53“, die Zahl „55“ jeweils durch die Zahl „56“ und die Zahl „60“ durch die Zahl „61“ ersetzt.

c) In Nr. 10 Satz 1 werden das Wort „Siebeneinhalbfachen“ durch das Wort „Fünffachen“ und die Worte „12000,- DM“ durch die Worte „8000,- DM“ ersetzt.

4. In Nr. 8 Satz 1 SR 2 n werden das Wort „Siebeneinhalbfachen“ durch das Wort „Fünffachen“ und die Worte „12000,- DM“ durch die Worte „8000,- DM“ ersetzt.

5. In Nr. 6 Satz 1 SR 2 x werden das Wort „Siebeneinhalbfachen“ durch das Wort „Fünffachen“ und die Worte „12000,- DM“ durch die Worte „8000,- DM“ ersetzt.

§ 2**Übergangsvorschrift**

Für die Berechnung der Übergangsversorgung von Angestellten, deren Arbeitsverhältnisse vor dem Inkrafttreten dieses Tarifvertrages nach Nr. 12 SR 2 e I BAT oder Nr. 9 SR 2 h BAT geendet haben, verbleibt es bei dem bisherigen Vermögenssatz.

§ 3**Inkrafttreten**

Dieser Tarifvertrag tritt am 1. Januar 1976 in Kraft.

Bonn, den 16. Dezember 1975

B.

Zur Durchführung des Tarifvertrages wird folgendes bestimmt:

I.**Allgemeines**

Die besoldungsrechtlichen Vorschriften über den Ortszuschlag sind durch das Haushaltsstrukturgesetz –HStruktG– vom 18. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3091) geändert worden. Um sicherzustellen, daß – wie bisher – das Ortszuschlagsrecht der Angestellten dem der Beamten voll entspricht, ist § 29 BAT neu gefaßt worden.

In den Fällen, in denen ein Angestellter neben einer Ausgleichszulage nach Artikel 1 § 4 HStruktG eine andere aufzählbare Ausgleichszulage (z. B. Ausgleichszulage nach § 5 des Tarifvertrages über die Bewertung der Personalunterkünfte für Angestellte vom 16. März 1974 – bekanntgegeben mit dem Gem. RdErl. v. 19. 3. 1974 – SMBl. NW. 20330 –, persönliche Besitzstandszulage, die aus Anlaß der Übernahme einer Einrichtung durch das Land gewährt worden ist) erhält, sind die Ausgleichszulagen anteilig zu verringern.

II.

Abschnitt II der Durchführungsbestimmungen zum BAT (bekanntgegeben mit dem Gem. RdErl. v. 24. 4. 1961 – SMBl. NW. 20310 –) wird wie folgt geändert und ergänzt:

1. Nummer 17 erhält folgende Fassung:

17. Zu § 29

- a) Nach § 34 Abs. 1 erhält der nichtvollbeschäftigte Angestellte auch von dem Ortszuschlag nur den Teil, der dem Maß der mit ihm vereinbarten Arbeitszeit entspricht. § 29 Satz 2 schließt die Anwendung des § 34 Abs. 1 in den Fällen der Anspruchskonkurrenz des § 40 Abs. 5 und 6 BBesG auf den Ehegattenbestandteil und den kinderbezogenen Anteil des Ortszuschlags aus, wenn bei teilzeitbe-

schäftigten Beamten auf diese Teile des Ortszuschlages § 6 BBesG nicht anzuwenden ist.

- b) Nach § 165 Abs. 4 RVO werden bei der Feststellung der Jahresarbeitsverdienstgrenze in der gesetzlichen Krankenversicherung Zuschläge, die mit Rücksicht auf den Familienstand gezahlt werden, nicht berücksichtigt. Die Unterschiedsbeträge beim Ortszuschlag zwischen der Stufe 1 und den höheren Stufen werden im allgemeinen mit Rücksicht auf den Familienstand gezahlt. Nur bei ledigen Angestellten, die den Ortszuschlag der Stufe 2 aufgrund des Artikels 1 § 2 Abs. 2 des Haushaltsstrukturgesetzes – HStruktG – vom 18. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3091) weiter erhalten, ist der Ortszuschlag in voller Höhe zu berücksichtigen.

Dagegen ist die Ausgleichszulage, die aufgrund des Artikels 1 § 4 HStruktG gezahlt wird, nicht zu berücksichtigen, weil der höhere Ortszuschlag ebenfalls mit Rücksicht auf den Familienstand gezahlt worden war.

- c) Die Ausgleichszulage nach Artikel 1 § 4 HStruktG ist für Beamte nicht ruhegehaltfähig, weil sie nicht ausdrücklich als ruhegehaltfähig bezeichnet worden ist (vgl. § 108 Abs. 1 Nr. 3 BBG). Da die nach Artikel 1 § 4 HStruktG an Angestellte zu zahlende Ausgleichszulage auf der entsprechenden Anwendung des Beamtenrechts beruht, ist sie gemäß § 8 Abs. 5 Satz 2 Buchst. b Versorgungs-TV (bekanntgegeben mit dem Gem. RdErl. v. 17. 1. 1967 – SMBl. NW. 203308 –) für die Zusatzversicherung nicht beitragspflichtig und damit auch nicht gesamtversorgungsfähig.

2. In Nr. 20 wird der bisherige Text Buchstabe a, und der folgende Buchstabe b wird angefügt:

- b) Wegen der Nichtanwendung des § 34 Abs. 1 in den Fällen der Anspruchskonkurrenz des § 40 Abs. 5 und 6 BBesG auf den Ehegattenbestandteil und den kinderbezogenen Anteil des Ortszuschlages vergleiche Nr. 17 Buchst. a.

3. In Nr. 21 wird der folgende Buchstabe d angefügt:

- d) Nach § 616 Abs. 2 BGB in der Fassung des Strafrechtsreform-Ergänzungsgesetzes vom 28. August 1975 (BGBl. I S. 2289) besteht vom 1. 12. 1975 an ein Anspruch auf Krankenbezüge längstens bis zur Dauer von 6 Wochen auch dann, wenn die Arbeitsunfähigkeit infolge nicht rechtswidriger Sterilisation oder durch einen nicht rechtswidrigen Abbruch der Schwangerschaft eintritt.

4. Nummer 37 a Buchst. e Abschnitt IV wird wie folgt geändert und ergänzt:

- a) In Satz 4 werden nach dem Wort „Arbeitsunfähigkeit“ die Worte „Zeiten der Beschäftigungsverbote nach § 5 Abs. 2 und § 6 des Mutterschutzgesetzes“ eingefügt.
- b) In Satz 5 werden nach dem Wort „Arbeitsunfähigkeit“ die Worte „oder der Beschäftigungsverbote nach dem Mutterschutzgesetz“ eingefügt.
- c) In Satz 6 werden in dem Hauptsatz die Worte „der Arbeitsunfähigkeit“ gestrichen und in dem Nebensatz nach den Worten „der Arbeitsunfähigkeit“ die Worte „oder der Beschäftigungsverbote nach dem Mutterschutzgesetz“ eingefügt.

– MBl. NW. 1976 S. 268.

20310

Änderungstarifvertrag Nr. 28 zum MTL II vom 16. Dezember 1975

Gem. RdErl. d. Finanzministers – B 4200– 2.1 – IV 1 –
u. d. Innenministers – II A 2 – 7.30.02 – 1/76 –
v. 27. 1. 1976

A.

Den nachstehenden Tarifvertrag, durch den der Manteltarifvertrag für Arbeiter der Länder (MTL II) vom 27. Februar 1964 (bekanntgegeben mit dem Gem. RdErl. v. 18. 3. 1964 – SMBl. NW. 20310 –) mit Wirkung vom 1. 1. 1976 geändert und ergänzt wird, geben wir bekannt:

Änderungstarifvertrag Nr. 28 zum MTL II vom 16. Dezember 1975

Zwischen

der Tarifgemeinschaft deutscher Länder,
vertreten durch den Vorsitz der Vorstände,

einerseits

und

der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
– Hauptvorstand –

andererseits

wird folgendes vereinbart:

§ 1

Änderungen und Ergänzungen des MTL II

Der Manteltarifvertrag für Arbeiter der Länder (MTL II) vom 27. Februar 1964, zuletzt geändert durch den Änderungstarifvertrag Nr. 27 zum MTL II vom 17. März 1975, wird wie folgt geändert und ergänzt:

1. § 7 Abs. 6 wird wie folgt geändert:

- a) Buchstabe a erhält die folgende Fassung:

„a) die Zeiten erfüllter Dienstpflicht in der Bundeswehr oder in der früheren deutschen Wehrmacht und im Reichsarbeitsdienst (aktive Dienstpflicht und Übungen) sowie Zeiten des zivilen Ersatzdienstes nach dem Gesetz über den zivilen Ersatzdienst und Zeiten des Zivildienstes nach dem Zivildienstgesetz.“

- b) Buchstabe c erhält die folgende Fassung:

„c) die im Soldatenverhältnis in der Bundeswehr oder in der früheren deutschen Wehrmacht (einschließlich Reichswehr) zurückgelegten Zeiten und Dienstzeiten im Reichsarbeitsdienst, soweit sie nicht nach Buchstabe a oder b anzurechnen sind; Absatz 3 Satz 1 und 2 ist sinngemäß anzuwenden.“

2. § 41 erhält die folgende Fassung:

§ 41

Sozialzuschlag

(1) Neben dem Lohn und dem Urlaubslohn erhält der Arbeiter als Sozialzuschlag den Betrag, den er bei Vorliegen der gleichen persönlichen Verhältnisse als Angestellter nach § 29 des Bundes-Angestellten-Tarifvertrages (BAT) als kinderbezogenen Anteil des Ortszuschlages der Tarifklasse II erhalten würde. Für die Anwendung des § 29 BAT steht ein nichtvollbeschäftigter Arbeiter einem nichtvollbeschäftigten Angestellten auch dann gleich, wenn seine arbeitsvertraglich vereinbarte durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit weniger als die Hälfte der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit eines entsprechenden vollbeschäftigten Arbeiters beträgt. Soweit nach § 29 BAT auf den kinderbezogenen Anteil des Ortszuschlages § 34 Abs. 1 BAT anzuwenden ist, gilt für die Berechnung des Sozialzuschlages an Stelle des § 34 Abs. 1 BAT § 30 Abs. 2.

(2) § 30 Abs. 3 gilt entsprechend.

Protokollnotiz:

Würde dem Arbeiter als Angestellten wegen Verringerung des kinderbezogenen Anteils des Ortszuschlages nach § 29 BAT in Verbindung mit Artikel 1 § 4 des Haushaltsstrukturgesetzes (HStruktG) eine Ausgleichszulage zustehen, erhält er unter den gleichen Voraussetzungen eine Ausgleichszulage in sinngemäß entsprechender Anwendung des Artikels 1 § 4 des HStruktG.

Die Ausgleichszulage ist nicht gesamtversorgungsfähig; im übrigen gilt sie als Bestandteil des Sozialzuschlages.

3. Die Anlage 4 Abschn. „Dazu in den Ländern:“ wird wie folgt ergänzt:

- a) In Unterabschnitt „Baden-Württemberg“ wird nach der Position

„Arbeiter des Lehr- und Forschungskollegiums (LFKW) Bismarck der Technischen Hochschule Stuttgart“

die folgende Position eingefügt:

„Arbeiter der Leitwarte im Bereich Technik der Universität Konstanz“.

- b) In Unterabschnitt „Niedersachsen“ wird nach der Überschrift die folgende Position eingefügt:
 „Arbeiter der Fernkältezentrale der Medizinischen Hochschule Hannover“.

§ 2

Inkrafttreten

Dieser Tarifvertrag tritt am 1. Januar 1976 in Kraft.

Bonn, den 16. Dezember 1975

B.

Die Durchführungsbestimmungen zum Manteltarifvertrag für Arbeiter der Länder (MTL II), die mit dem Gem. RdErl. v. 1. 4. 1964 (SMBl. NW. 20310) bekanntgegeben worden sind, werden wie folgt ergänzt:

1. In Abschnitt II wird die folgende Nummer 28 a eingefügt:

28 a. Zu § 41

- a) Mit der Änderung des § 41 durch den Änderungstarifvertrag Nr. 28 zum MTL II vom 16. Dezember 1975 sind für den Sozialzuschlag der Arbeiter die Folgerungen gezogen worden, die sich für die Beamten und Angestellten aus den Änderungen der besoldungsrechtlichen Vorschriften über den Ortszuschlag durch das Haushaltsstrukturgesetz vom 18. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3091) vom 1. 1. 1976 an ergeben. Die Neuregelung bewirkt, daß der Arbeiter als Sozialzuschlag den gleichen Betrag erhält, den er bei Vorliegen der gleichen persönlichen Verhältnisse als Angestellter nach § 29 BAT als kinderbezogenen Anteil des Ortszuschlages der Tarifklasse II erhalten würde.

- b) Der BAT, auf den in Satz 1 verwiesen wird, gilt nur für Angestellte, deren arbeitsvertraglich vereinbarte durchschnittliche regelmäßige Arbeitszeit mindestens die Hälfte der regelmäßigen Arbeitszeit eines entsprechenden vollbeschäftigten Angestellten beträgt (§ 3 Buchst. q BAT). Dem Arbeiter mit einer arbeitsvertraglich vereinbarten durchschnittlichen regelmäßigen Arbeitszeit von weniger als der Hälfte der regelmäßigen Arbeitszeit eines entsprechenden vollbeschäftigten Arbeiters könnte daher ohne die ergänzende Regelung in Satz 2 kein Sozialzuschlag gewährt werden. Mit der Regelung in Satz 2 wird ein solcher Arbeiter einem nichtvollbeschäftigten Angestellten im Sinne des BAT für die Anwendung des § 29 BAT gleichgestellt.

In den Fällen der Anspruchskonkurrenz des § 40 Abs. 5 und 6 BBesG ist § 34 Abs. 1 BAT auf den kinderbezogenen Anteil des Ortszuschlages und somit auch auf den Sozialzuschlag nicht anzuwenden, wenn bei teilzeitbeschäftigten Beamten auf diesen Teil des Ortszuschlages § 6 BBesG nicht anzuwenden ist. In diesen Fällen ist auch § 30 Abs. 2 MTL II nicht anzuwenden, so daß der Sozialzuschlag in voller Höhe zu zahlen ist. In den Fällen, in denen bei teilzeitbeschäftigten Beamten auf den kinderbezogenen Bestandteil des Ortszuschlages § 6 BBesG anzuwenden ist, ist auf den Sozialzuschlag § 30 Abs. 2 MTL II und nicht § 34 BAT anzuwenden.

- c) Die sinngemäß entsprechende Anwendung des Artikels 1 § 4 des Haushaltsstrukturgesetzes auf Grund der Protokollnotiz beinhaltet auch, daß die Ausgleichszulagen (z. B. Ausgleichszulage nach § 5 des Tarifvertrages über die Bewertung der gleichzulage auch noch andere aufzehrbar Ausgleichszulagen (z. B. Ausgleichszulage nach § 5 des Tarifvertrages über die Bewertung der Personalunterkünfte der Arbeiter vom 16. Dezember 1974, persönliche Besitzstandszulage, die aus Anlaß der Übernahme einer Einrichtung durch das Land gewährt worden ist), so sind die Ausgleichszulagen nebeneinander anteilig zu verringern.

2. In Abschnitt II Nr. 29 Buchst. a) wird dem bisherigen Text folgender Unterabsatz vorangestellt:

„Nach § 1 Abs. 2 des Lohnfortzahlungsgesetzes vom 27. Juli 1969 (BGBl. I S. 946) i.d.F. des Strafrechtsreform-Ergänzungsgesetzes vom 28. August 1975 (BGBl. I S. 2289) besteht vom 1. 12. 1975 an auch dann ein Anspruch auf Krankenlohn längstens bis zur Dauer von 6 Wochen, wenn die Arbeitsunfähigkeit infolge nicht rechtswidriger Sterilisation oder durch nicht rechtswidrigen Abbruch der Schwangerschaft eintritt.“

– MBl. NW. 1976 S. 269.

20319

**Änderungstarifvertrag Nr. 1
 vom 25. November 1975
 zum Manteltarifvertrag für Auszubildende
 vom 6. Dezember 1974**

Gem. RdErl. d. Finanzministers – B 4050 – 2.1 – IV 1 –
 u. d. Innenministers – II A 2 – 7.20.07 – 1/76 –
 v. 9. 2. 1976

A.

Den nachstehenden Tarifvertrag, durch den der Manteltarifvertrag für Auszubildende vom 6. Dezember 1974 (bekanntgegeben mit dem Gem. RdErl. v. 11. 3. 1975 – SMBl. NW. 20319) mit Wirkung vom 1. Dezember 1975 geändert und ergänzt wird, geben wir bekannt:

**Änderungstarifvertrag Nr. 1
 vom 25. November 1975
 zum Manteltarifvertrag für Auszubildende
 vom 6. Dezember 1974**

Zwischen

der Bundesrepublik Deutschland,
 vertreten durch den Bundesminister des Innern,
 der Tarifgemeinschaft deutscher Länder,
 vertreten durch den Vorsitz der Vorstände,
 der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände,
 vertreten durch den Vorstand,

einerseits

und

der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
 – Hauptvorstand –,
 der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft
 – Bundesvorstand –

andererseits

wird folgender Tarifvertrag geschlossen:

§ 1

Änderung des Tarifvertrages

§ 10 des Manteltarifvertrages für Auszubildende vom 6. Dezember 1974 wird wie folgt geändert und ergänzt:

1. Absatz 1 Satz 2 erhält die folgende Fassung:

Bei Reisen zur Teilnahme am Unterricht, an Vorträgen, an Arbeitsgemeinschaften oder an Übungen zum Zwecke der Ausbildung sowie bei Reisen in den Fällen des § 16 Satz 2 werden die notwendigen Fahrkosten bis zur Höhe der Kosten der Fahrkarte der jeweils niedrigsten Klasse des billigsten regelmäßig verkehrenden Beförderungsmittels (im Eisenbahnverkehr ohne Zuschläge) erstattet; Möglichkeiten zur Erlangung von Fahrpreismäßigungen (Schülerfahrkarten oder Fahrkarten für Berufstätige) sind auszunutzen.

2. Dem Absatz 1 werden die folgenden Sätze angefügt:

Bei Reisen zur Teilnahme am Unterricht an einer auswärtigen Berufsschule werden dem Auszubildenden Fahrkosten in der in Satz 2 genannten Höhe insoweit erstattet, als sie monatlich 8 v. H. der Ausbildungsvergütung eines Auszubildenden im ersten Ausbildungsjahr, der das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet hat, übersteigen. Satz 3 gilt nicht, wenn die Fahrkosten nach landesrechtlichen Vorschriften von einer Körperschaft des öffentlichen Rechts getragen werden. Beträge von weniger als 3 DM werden nicht ausbezahlt.

§ 2

Inkrafttreten

Dieser Tarifvertrag tritt am 1. Dezember 1975 in Kraft.

Bonn, den 25. November 1975

B.

In Abschnitt B Nr. 9 des Gem. RdErl. v. 11. 3. 1975 – SMBl. NW. 20319 – (Durchführungsbestimmungen zum Manteltarifvertrag für Auszubildende) erhält der zweite Absatz folgende Fassung:

Nach Satz 3, der mit dem Änderungstarifvertrag vom 25. November 1975 angefügt worden ist, werden Fahrkosten für Reisen zur Teilnahme am Unterricht an einer auswärtigen Berufsschule teilweise erstattet, wenn sie die bestimmte Höhe überschreiten. Eine auswärtige Berufsschule in diesem Sinne ist eine Berufsschule, die außerhalb der Gemeinde des Wohnortes und des Dienstortes liegt. Von der Ausnahmeregelung in Satz 4 werden die Schüler in Bezirksfachklassen von Berufsschulen erfaßt, die nach § 7 Abs. 2 des Schulfinanzgesetzes (SchFG) in Verbindung mit der VO zu § 7 SchFG vom 30. April 1970 (SGV. NW. 223) Anspruch auf Erstattung der notwendigen Fahrkosten gegen den Schulträger haben. Dazu gehören auch die Schüler in Bezirksfachklassen von Ersatzschulen, weil die Schülerfahrkosten nach dem Ersatzschulfinanzgesetz vom Land getragen werden (vgl. § 6 Abs. 5 EFG – SGV. NW. 223).

– MBl. NW. 1976 S. 270.

2061

**Mustersatzungen
für die Satzungen über die Abfallbeseitigung
in den kreisfreien Städten, Kreisen
und kreisangehörigen Gemeinden**

RdErl. d. Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
v. 11. 2. 1976 – III A 6 – 813/4 – 24818

Im Einvernehmen mit dem Innenminister und dem Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales wird mein RdErl. v. 27. 11. 1974 (SMBl. NW. 2061) wie folgt geändert:

1. In der Überschrift wird nach der Jahreszahl „1974“ eingefügt: „III A 6“
2. Am Ende des fünften Absatzes wird folgender Satz angefügt:
„Soweit dem Ausschluß bestimmter Abfälle von der Beseitigung zugestimmt wird, kann dies nur mit der Maßgabe geschehen, daß der Ausschluß sich nicht auf im Gebiet der betreffenden Körperschaft fortgeworfene und verbotswidrig abgelagerte Abfälle erstreckt (vgl. § 1 Abs. 2 AbfG und § 1 Abs. 2 Satz 2 LAbfG).“
3. Bei der Mustersatzung über die Abfallbeseitigung in einer kreisfreien Stadt werden der Fußnote 2 am Ende folgende Sätze angefügt:
„Ein Hinweis auf § 103 BauO NW ist nur erforderlich, wenn in § 9 Vorschriften über die bauliche Gestaltung der Stellplätze für bewegliche Abfallbehälter getroffen werden (vgl. § 103 Abs. 1 Nr. 4 BauO NW). In diesem Fall bedarf die Satzung auch der Genehmigung der oberen Bauaufsichtsbehörde. Die Bekanntmachungsanordnung muß entsprechend ergänzt werden.“
4. Bei der Mustersatzung über die Abfallbeseitigung in einer Gemeinde/Stadt werden der Fußnote 2 am Ende folgende Sätze angefügt:
„Ein Hinweis auf § 103 BauO NW ist nur erforderlich, wenn in § 10 Vorschriften über die bauliche Gestaltung der Stellplätze für bewegliche Abfallbehälter getroffen werden (vgl. § 103 Abs. 1 Nr. 4 BauO NW). In diesem Fall bedarf die Satzung auch der Genehmigung der oberen Bauaufsichtsbehörde. Die Bekanntmachungsanordnung muß entsprechend ergänzt werden.“

– MBl. NW. 1976 S. 271.

2120

**Beistandspflicht
der Gesundheitsämter gegenüber den Finanzämtern
Amtsärztliche Bescheinigung zur Erlangung
von Steuervergünstigungen für Kraftfahrzeugkosten
der Körperbehinderten**

RdErl. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales
v. 11. 2. 1976 – VI C 1 – 23.03.67/12

Die medizinischen Voraussetzungen für Steuervergünstigungen nach § 9 Abs. 2 und § 33 EStG sind nunmehr durch eine Bescheinigung des zuständigen **Versorgungsamtes** nachzuweisen. Der RdErl. d. Innenministers v. 15. 3. 1968 (SMBl. NW. 2120) wird daher im Einvernehmen mit dem Finanzminister aufgehoben.

– MBl. NW. 1976 S. 271.

21504

**Ärztliche Untersuchung
der früheren LSHD-Helfer**

RdErl. d. Innenministers v. 12. 2. 1976 –
VIII B 3 – 2.211

Der RdErl. v. 7. 2. 1968 (SMBl. NW. 21504) wird hiermit aufgehoben.

– MBl. NW. 1976 S. 271.

21703

**Kosten der Rückführung
von Deutschen aus dem Ausland**

RdErl. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales
v. 10. 2. 1976 – II C 4 – 5127.0 – Bd – 139/142/144

Mein RdErl. v. 1. 12. 1973 (SMBl. NW. 21703) wird wie folgt geändert:

Die in Abschnitt II unter Nummer 7.1, Absatz 3, aufgeführte Tabelle wird wie folgt ergänzt:

Anstelle „ab 1. 4. 1975 ist zu setzen:	= 2685,- Lei“
„vom 1. 4. 1975 bis 31. 10. 1975	= 2685,- Lei
ab 1. 11. 1975	= 2823,- Lei“

Die in Abschnitt II unter Nummer 13 aufgeführte Tabelle wird wie folgt ergänzt:

Bulgarien

Anstelle „ab 1. 10. 1975 ist zu setzen:	100 Lewa = 220,02 DM“
„vom 1. 10. 1975 bis 31. 10. 1975	100 Lewa = 220,02 DM
vom 1. 11. 1975 bis 30. 11. 1975	100 Lewa = 266,67 DM
ab 1. 12. 1975	100 Lewa = 267,81 DM“

Jugoslawien

Anstelle „ab 28. 10. 1975 ist zu setzen:	100 Dinar = 14,46 DM“
„vom 28. 10. 1975 bis 3. 11. 1975	100 Dinar = 14,46 DM
vom 4. 11. 1975 bis 17. 11. 1975	100 Dinar = 14,42 DM
vom 18. 11. 1975 bis 26. 11. 1975	100 Dinar = 14,37 DM
ab 27. 11. 1975	100 Dinar = 14,42 DM“

Polen

Anstelle „ab 14. 10. 1975 ist zu setzen:	100 Zloty = 13,11 DM“
„vom 14. 10. 1975 bis 4. 11. 1975	100 Zloty = 13,11 DM

vom 5. 11. 1975	
bis 1. 12. 1975	100 Zloty = 12,88 DM
ab 2. 12. 1975	100 Zloty = 13,09 DM

Rumänien

Anstelle „ab 24. 10. 1975 ist zu setzen:	100 Lei = 21,28 DM
„vom 24. 10. 1975 bis 18. 11. 1975	100 Lei = 21,28 DM
ab 19. 11. 1975	100 Lei = 21,79 DM

UdSSR

Anstelle „ab 1. 9. 1975 ist zu setzen:	100 Rubel = 349,65 DM
„vom 1. 9. 1975 bis 31. 10. 1975	100 Rubel = 349,65 DM
ab 1. 11. 1975	100 Rubel = 349,04 DM

– MBl. NW. 1976 S. 271.

2370**Förderung des sozialen Wohnungsbaues
Förderungsfähigkeit von Fertighäusern**RdErl. d. Innenministers v. 6. 2. 1976 –
VC 1 – 812

- 1 Fertighäuser im Sinne dieses Erlasses sind Wohngebäude, die aus vorgefertigten Bauteilen (z. B. Wand-, Decken- und Dachtafeln) errichtet werden und die mit öffentlichen oder nichtöffentlichen Wohnungsbaumitteln des Landes gefördert werden sollen. Dieser Erlaß gilt sowohl für Fertighäuser, die in gleicher Ausführung an mehreren Stellen errichtet werden sollen (Typenhäuser), als auch für Fertighäuser, die aus vorgefertigten Bauteilen zu Wohngebäuden unterschiedlicher Größe, Grundrißgestaltung und Geschößzahl hergestellt werden können, und zwar unabhängig davon, ob die Fertighäuser oder ihre vorgefertigten Bauteile in das vom Institut für Bauforschung e. V., Hannover, im Auftrage des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau herausgegebene Fertighausverzeichnis der Reihe A oder B aufgenommen worden sind oder nicht.
- 2 Zur bauaufsichtlichen Behandlung solcher Fertighäuser verweise ich auf meinen RdErl. v. 29. 5. 1970 (SMBl. NW. 23212) über die bauaufsichtliche Behandlung des mit öffentlichen oder nichtöffentlichen Mitteln geförderten Wohnungsbaues und meinen RdErl. v. 9. 7. 1975 (SMBl. NW. 23212) über die bauaufsichtliche Behandlung von Fertighäusern und des Fertighausverzeichnisses. Die Bewilligungsbehörden können nach Erteilung des bauaufsichtlichen Vorprüfungsvermerks (Nr. 2 des RdErl. v. 29. 5. 1970) davon ausgehen, daß gegen das beabsichtigte Bauvorhaben grundsätzliche baurechtliche Bedenken nicht bestehen, insbesondere auch die erforderlichen bautechnischen Nachweise nach Abschnitt 1.2 des RdErl. v. 9. 7. 1975 erbracht sind, soweit nach dem Vorprüfungsvermerk keine entsprechenden Vorbehalte gemacht sind oder keine Änderungen oder Ergänzungen verlangt werden.
- 3 Die Bewilligungsbehörden sind ferner gehalten zu prüfen, ob die technischen Förderungsvoraussetzungen der Wohnungsbaufinanzierungsbestimmungen in der jeweils geltenden Fassung eingehalten sind. Insbesondere ist der Kostengestaltung solcher Bauvorhaben, vor allem auch der im Pauschalpreis eines Fertighauses nicht enthaltenen baulichen und anderen Leistungen sowie dem Ansatz für Bewirtschaftungskosten, besondere Beachtung zu schenken.
- 4 Der RdErl. d. Ministers für Landesplanung, Wohnungsbau und öffentliche Arbeiten v. 17. 4. 1962 (SMBl. NW. 2370) wird hiermit aufgehoben.

– MBl. NW. 1976 S. 272.

631**Veräußerung von Vermögensgegenständen**RdErl. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales
v. 10. 2. 1976 – I A 1 – 2600

1. Auf Grund der Nr. 2.4 VV zu § 63 LHO des RdErl. d. Finanzministers v. 21. 7. 1972 (SMBl. NW. 631), werden die Landesoberbehörden und Landesmittelbehörden meines Geschäftsbereichs ermächtigt, ohne meine Einwilligung in folgenden Fällen Ausnahmen vom Grundsatz der Veräußerung zum vollen Wert zuzulassen:
 - 1.1 In besonderen Fällen (Nr. 2.1 und 2.2 VV zu § 63 LHO), wenn der volle Wert des Vermögensgegenstandes den Betrag von 5000,- DM im Einzelfall nicht übersteigt;
 - 1.2 bei Gegenständen von geringerem Wert (Nr. 2.3 VV zu § 63 LHO), wenn der volle Wert des Vermögensgegenstandes den Betrag von 2500,- DM im Einzelfall nicht übersteigt.
2. Für die Überlassung der Nutzung eines Vermögensgegenstandes gelten die Nrn. 1.1 und 1.2 mit der Maßgabe, daß es sich bei den Beträgen um Jahresentgelte handelt. Die besonderen Bestimmungen über die Veräußerung von Grundstücken und Dienstkraftfahrzeugen bleiben unberührt.

– MBl. NW. 1976 S. 272.

71020**Durchführung des Ingenieurgesetzes**RdErl. d. Ministers für Wirtschaft, Mittelstand
und Verkehr v. 9. 2. 1976 – II/C 4 – 68 – 18 – (4/76)

Meine RdErl. v. 8. 10. 1965, 24. 11. 1965 und v. 14. 7. 1966 (SMBl. NW. 71020) werden aufgehoben.

Im Einvernehmen mit dem Minister für Wissenschaft und Forschung.

– MBl. NW. 1976 S. 272.

79011**Vorschrift zur Sicherung der Grenzen
in den staatlichen Forstbetrieben
des Landes Nordrhein-Westfalen
(GreSi 69)**RdErl. d. Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
v. 10. 2. 1976 – IV A 2 15–24–00.00

Mein RdErl. v. 15. 9. 1969 (SMBl. NW. 79011) wird wie folgt geändert:

1. In Nummer 2 erhält Absatz 4 folgende Fassung:

Bei der Durchführung von Flurbereinigungsverfahren hat das Forstamt bei Einleitung des Verfahrens beim Amt für Agrarordnung den Antrag zu stellen, die Grenzen der staatlichen Forstbetriebe durch Forstgrenzsteine zu vermarken. Für die Beschaffung der Forstgrenzsteine ist das Forstamt zuständig.

2. In Nummer 3 Absatz 1 sind die Worte „in den Monaten Juni“ zu streichen.

– MBl. NW. 1976 S. 272.

79031**Zulassung von Pappelsorten
zur vegetativen Vermehrung**RdErl. d. Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
v. 2. 2. 1976 – IV A 2 31–63–00.05

Mein RdErl. vom 20. 12. 1973 (SMBl. NW. 79031) wird wie folgt geändert:

Die Anlage erhält folgende Fassung:

Anlage

Anlage

Baumzuchtregister der Baumgattung Populus

Registernummer Höhere Forstbehörde a) Rheinland b) Westfalen-Lippe	Sortenbezeichnung für die Zulassung	Sortenname a) botanischer Name b) Handelsname
I. Sektion Algeiros		
a) 051001 b) 052001	D 1	a) Populus x euramericana cv. Allenstein b) Pappel „Allenstein“
a) 051002 b) 052002	D 2	a) Populus x euramericana cv. Bietigheim b) Pappel „Bietigheim“
a) 051003 b) 052003	D 5	a) Populus x euramericana cv. Dolomiten b) Pappel „Dolomiten“
a) 051004 b) 052004	D 7	a) Populus x euramericana cv. Drömling b) Pappel „Drömling“
a) 051005 b) 052005	D 9	a) Populus x euramericana cv. Flachslanden b) Pappel „Flachslanden“
a) 051006 b) 052006	D 11	a) Populus x euramericana cv. Gelrica b) Pappel „Gelrica“
a) 051007 b) 052007	D 12	a) Populus x euramericana cv. Grandis b) Pappel „Grandis“
a) 051008 b) 052008	D 16	a) Populus x euramericana cv. J 214 Casale b) Pappel „J 214 Casale“
a) 051009 b) 052009	D 21	a) Populus x euramericana cv. Jacometti 78 B b) Pappel „Jacometti 78 B“
a) 051010 b) 052010	D 23	a) Populus x euramericana cv. Lingenfeld b) Pappel „Lingenfeld“
a) 051011 b) 052011	D 24	a) Populus x euramericana cv. Löns b) Pappel „Löns“
a) 051012 b) 052012	D 25	a) Populus x euramericana cv. Marilandica b) Pappel „Marilandica“
a) 051013 b) 052013	D 26	a) Populus x euramericana cv. Missouriensis Holland b) Pappel „Missouriensis Holland“
a) 051014 b) 052014	D 27	a) Populus x euramericana cv. Neupotz b) Pappel „Neupotz“
a) 051015 b) 052015	D 28	a) Populus x euramericana cv. Regenerata Deutschland b) Pappel „Regenerata Deutschland“
a) 051016 b) 052016	D 29	a) Populus x euramericana cv. Robusta b) Pappel „Robusta“
a) 051017 b) 052017	D 32	a) Populus x euramericana cv. Tardif de Champagne b) Pappel „Tardif de Champagne“
a) 051018 b) 052018	D 33	a) Populus x euramericana cv. Blanc de Poitou b) Pappel „Blanc de Poitou“

Registernummer Höhere Forstbehörde a) Rheinland b) Westfalen-Lippe	Sortenbezeichnung für die Zulassung	Sortenname	
		a) botanischer Name	b) Handelsname
a) 051020 b) 052020	D 36	a) <i>Populus deltoides</i> 9/54 (2) cv. Peoria	b) Pappel „Peoria“
a) 051021 b) 052021	D 37	a) <i>Populus deltoides</i> 1/56 cv. Lincoln	b) Pappel „Lincoln“
a) 051022 b) 052022	D 38	a) <i>Populus deltoides</i> 2/56 cv. Marquette	b) Pappel „Marquette“
a) 051023 b) 052023	D 39	a) <i>Populus x euramericana</i> cv. Baden 408	b) Pappel „Büchig“
a) 051024 b) 052024	D 40	a) <i>Populus x euramericana</i> cv. Baden 431	b) Pappel „Rintheim“
a) 051025 b) 052025	D 41	a) <i>Populus x euramericana</i> cv. Lampertheim	b) Pappel „Lampertheim“
a) 051026 b) 052026	D 42	a) <i>Populus x euramericana</i> cv. Ostia	b) Pappel „Ostia“

II. Sektion Tacamahaca

a) 051050 b) 052050	D 300	a) <i>Populus maximowiczii x berolinensis</i> cv. Oxford	b) Pappel „Oxford“
a) 051051 b) 052051	D 301	a) <i>Populus maximowiczii x nigra</i> var. <i>plantierensis</i> cv. Rochester	b) Pappel „Rochester“
a) 051052 b) 052052	D 303	a) <i>Populus maximowiczii x trichocarpa</i> cv. Androscoggin	b) Pappel „Androscoggin“
a) 051053 b) 052053	D 304	a) <i>Populus trichocarpa</i> cv. Brühl 1 fortlaufend bis Brühl 8	b) Pappel „Brühl“
a) 051054 b) 052054	D 305	a) <i>Populus trichocarpa</i> 45/54 cv. Muhle-Larsen	b) Pappel „Muhle-Larsen“
a) 051055 b) 052055	D 306	a) <i>Populus trichocarpa</i> 625/52 cv. Scott-Pauley	b) Pappel „Scott-Pauley“ (= SP 127)

III. Sektion Leuce

a) 051075 b) 052075	D 500	a) <i>Populus x canescens</i> SM cv. Schleswig 1	b) Pappel „Schleswig 1“
a) 051077 b) 052077	D 502	a) <i>Populus x canescens</i> SM cv. Rudolf Schmidts Graupappel	b) Pappel „Rudolf Schmidts Graupappel“
a) 051079 b) 052079	D 504	a) <i>Populus x canescens</i> SM cv. Schylp Marsch	b) Pappel „Schylp Marsch“
a) 051080 b) 052080	D 505	a) <i>Populus x canescens</i> SM cv. Enniger	b) Pappel „Enniger“
a) 051082 b) 052082	D 507	a) <i>Populus x canescens</i> SM cv. Ingolstadt 3a	b) Pappel „Ingolstadt 3a“

79033

Ortsfeste Hütten in den staatlichen Forstbetrieben des Landes Nordrhein-Westfalen

RdErl. d. Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
v. 5. 2. 1976 – IV A 1/33-01-00.00

1 Anwendungsbereich

Dieser Runderlaß bezieht sich auf landeseigene ortsfeste Hütten, die in den staatlichen Forstbetrieben Verwendung finden.

Soweit derartige Baulichkeiten im Zusammenhang mit Forstdienstgebäuden stehen, fallen sie nicht unter diese Regelung.

2 Errichtung und Instandhaltung

2.1 Für die Errichtung und Instandhaltung der Hütten gelten die Vorschriften über die jährliche Wirtschaftsplanung in den staatlichen Forstbetrieben des Landes Nordrhein-Westfalen (WiPla 65), RdErl. v. 7. 7. 1965 (SMBl. NW. 7901).

Maßnahmen zur Errichtung und Instandhaltung von Hütten sind beim Abschnitt „Sonstige Betriebsmaßnahmen“ zu buchen.

2.2 Der Neubau von bewohnbaren Hütten und von Hütten, die als Werkstätten eingerichtet werden sollen, bedarf vor der Aufnahme in den jährlichen Wirtschaftsplan der schriftlichen Genehmigung der höheren Forstbehörde. Sie ist unter Vorlage von Bauplänen und Kostenvoranschlägen zu beantragen. Baurechtliche sowie landschaftsrechtliche Bestimmungen und die Vorschriften des § 3 FFSG. NW. sind zu beachten.

2.3 Der bauliche Zustand vorhandener Hütten ist vom Forstbetriebsbeamten mit Dienstbezirk jährlich vor der Fertigung von Vorschlägen für die Wirtschaftspläne zu prüfen.

3 Bedürfnisprüfung

T. 3.1 Bestehende Hütten sind vom Forstamt bis zum 1. 4. 1976 daraufhin zu überprüfen, ob ihre Instandhaltung unter Berücksichtigung der Nutzungsmöglichkeiten wirtschaftlich ist. Dabei ist ein strenger Maßstab anzulegen. Entbehrliche und unwirtschaftliche Hütten sind zu beseitigen.

T. 3.2 Die Forstämter berichten zum 1. 6. 1976, die höheren Forstbehörden zum 1. 7. 1976, welche Hütten beseitigt worden sind.

4 Benutzung

4.1 Die Inanspruchnahme der Hütten für betriebliche Zwecke, insbesondere

zur Aufbewahrung von Geräten und Verbrauchsgütern, als Werkstätten für den Forstbetrieb, als Rast- und Schutzplätze für Wanderer

hat Vorrang vor der teilweisen oder zeitweiligen außerbetrieblichen Verwendung.

4.2 Vor einer Vermietung ist zu prüfen, ob die damit verbundene Störung des Forstbetriebes oder der Belange der Allgemeinheit zu vertreten ist.

Der Vermietung an juristische Personen ist der Vorzug zu geben, sofern ein sachliches Interesse der Forstverwaltung besteht (z. B. Vermietung an die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald).

4.3 Als Entgelte sind zu fordern:

Dauervermietung
1,- DM bis 2,- DM je m² monatlich

Kurzfristige Vermietung
2,- DM bis 5,- DM je Tag – Übernachtung/Person.

Zusätzliche Leistungen (z. B. Brennholzgestellung) sind besonders zu berechnen.

4.4 Entgelte aus einer kurzfristigen Vermietung sind unter Verwendung von „Erlaubnisscheinen für Forstnebennutzungen“ einzuziehen. Bei Dauervermietung und in Fällen, die sich für eine Abrechnung über Erlaubnisscheine nicht eignen, ist vom Forstamt ein Vertrag zu schließen.

4.5 Sofern Entgelte nach Nummer 4.3 nicht über Erlaubnisscheine für Forstnebennutzungen abgerechnet werden, sind sie beim Titel 1241 „Mieten und Pachten“ zu buchen.

4.6 Bestehende Vereinbarungen und Verträge, die den Nummern 4.1 bis 4.5 entgegenstehen, sind zum nächstmöglichen Termin umzustellen.

– MBl. NW. 1976 S. 275.

8300

Bereinigung der Verwaltungsvorschriften auf dem Gebiet der Kriegsopterversorgung

RdErl. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales
v. 6. 2. 1976 – II B 4 – 1235.3 (7/76)

Meine folgenden RdErl. werden hiermit aufgehoben:

1. v. 21. 3. 1953 (n. v.) – V 3 – 95007 (V 35/53),
v. 28. 11. 1953 (n. v.) – I B 3 – 9515,
v. 15. 1. 1954 (n. v.) – I B 1 – 9805 (7/54),
v. 21. 6. 1954 (n. v.) – I B 3 – 9602 (82/54),
v. 11. 6. 1955 (n. v.) – II B 1 – 9566 (74/55),
v. 11. 7. 1955 (n. v.) – II B 2 – 9803 (92/55),
v. 11. 8. 1955 (n. v.) – II B 2 – 9464 (117/55),
v. 1. 3. 1956 (n. v.) – II B 2 – 9816 (24/56),
v. 27. 3. 1957 (n. v.) – II B 2 – 9871 (20/57),
v. 21. 8. 1957 (n. v.) – II B 2 – 4244.1 (9464) (48/57),
v. 4. 12. 1957 (n. v.) – II B 2 – 4340 (9871) – (77/57),
v. 23. 6. 1958 (n. v.) – II B 2 – 4531 (9816) – (44/58),
v. 24. 9. 1958 (n. v.) – II B 1 – 2900.4 (9682) – (77/58),
v. 6. 2. 1959 (n. v.) – II B 1 – 4535 (12/59),
v. 24. 3. 1959 (n. v.) – II B 2 – 4300 (22/59),
v. 6. 4. 1959 (n. v.) – II B 1 – 4201 (24/59),
v. 18. 4. 1959 (n. v.) – II B 2 – 4260.2 (26/59),
v. 24. 8. 1959 (n. v.) – II B 2 – 4253.3 (49/59),
v. 7. 12. 1959 (n. v.) – II B 2 – 4610 (64/59),
v. 30. 1. 1960 (n. v.) – II B 2 – 4260.2 (10/60),
v. 4. 2. 1960 (n. v.) – II B 1 – 2900.4 (12/60),
v. 5. 3. 1960 (n. v.) – II B 2 – 4244.1 (20/60)
– II B 3 – 4171 –
(alle SMBl. NW. 8300).

2. v. 24. 10. 1960,
v. 8. 3. 1961,
v. 27. 3. 1961,
v. 30. 3. 1961 (MBl. NW. S. 591),
v. 31. 7. 1961,
v. 19. 12. 1961,
v. 22. 12. 1961,
v. 9. 3. 1962,
v. 12. 3. 1962,
v. 23. 7. 1962,
v. 28. 1. 1963,
v. 2. 10. 1964,
v. 18. 1. 1965,
v. 26. 1. 1965,
v. 24. 8. 1965,
v. 21. 9. 1965,
v. 23. 9. 1965,
v. 4. 11. 1966,
v. 10. 4. 1967,
v. 4. 3. 1969,
v. 29. 9. 1970 (MBl. NW. S. 1766) (alle SMBl. NW. 8300).

– MBl. NW. 1976 S. 275.

II.

Ministerpräsident

Liste der Konsularischen Vertretungen in Nordrhein-Westfalen, Stand Januar 1976

Bek. d. Ministerpräsidenten v. 16. 2. 1976 –
I B 5 – 463 – 2/60

Die Liste der Konsularischen Vertretungen in Nordrhein-Westfalen, Stand Januar 1976, ist im Druck erschienen und kann durch den August Bagel Verlag, 4 Düsseldorf, Grafen-

berger Allee 100, Telefon 68881, zum Preise von DM 7,- bezogen werden.

Das Verzeichnis enthält die Anschriften, Telefonnummern, Telegrammadressen, Fernschreibnummern, Sprechzeiten und Amtsbezirke der Konsularischen Vertretungen in Nordrhein-Westfalen sowie die Namen ihrer Leiter und leitenden Beamten. Es enthält ferner eine Rangfolge der Leiter der konsularischen Vertretungen sowie eine Aufstellung der Nationalfeiertage.

– MBl. NW. 1976 S. 275.

Ministerpräsident – Chef der Staatskanzlei

Karte „Nordrhein-Westfalen – Verwaltungsgrenzen –“

Bek. d. Ministerpräsidenten – Chef der Staatskanzlei
v. 11. 2. 1976 – II A 1 – 23.35

Der Neudruck der Karte „Nordrhein-Westfalen Verwaltungsgrenzen“ im Maßstab 1:250000 – Stand 1. 1. 1976 – mit Darstellung der Auswirkungen, die sich aus den letzten Urteilen des Verwaltungsgerichtshofs ergeben, liegt vor.

Die Karte wird vom Verlag Willy Gröbchen, 4600 Dortmund, Saarbrücker Straße 39, zum Preise von 7,50 DM vertrieben.

– MBl. NW. 1976 S. 276.

Personalveränderungen

Innenminister

Nachgeordnete Behörden und Einrichtungen

Es sind ernannt worden:

Polizei-Führungsakademie

Schutzpolizeidirektor S. Kienapfel
zum Leitenden Schutzpolizeidirektor

Polizeipräsident – Düsseldorf –

Polizeihauptkommissar W. Rohr
zum Polizeirat

Polizeipräsident – Essen –

Polizeihauptkommissar U. Blanck
zum Polizeirat

Polizeidirektor – Mülheim a. d. Ruhr –

Polizeioberst W. Feldewerth
zum Schutzpolizeidirektor

Polizeidirektor – Oberhausen –

Polizeihauptkommissar K. Wiese
zum Polizeirat

Polizeipräsident – Bonn –

Polizeihauptkommissar R. Wellenbeck
zum Polizeirat

Polizeipräsident – Köln –

Polizeihauptkommissar F. Schröder
zum Polizeirat

Polizeipräsident – Recklinghausen –

Polizeihauptkommissar D. Kaboth
zum Polizeirat

Bereitschaftspolizei Nordrhein-Westfalen – Abteilung II –, Bochum

Polizeihauptkommissar W. Lentner
zum Polizeirat

Es sind in den Ruhestand getreten:

Polizei-Führungsakademie

Schutzpolizeidirektor Dr. F. Rauscher

Polizeidirektor – Leverkusen –

Schutzpolizeidirektor W. Goetz

– MBl. NW. 1976 S. 276.

Justizminister**Stellenausschreibung
für das Oberverwaltungsgericht Münster
und für das Finanzgericht Münster**

Es wird Bewerbungen entgegengesehen um

1 Stelle eines Richters am Oberverwaltungsgericht
bei dem Oberverwaltungsgericht Münster.

Bewerbungen sind innerhalb einer Frist von 2 Wochen auf dem Dienstwege einzureichen. Bewerber, die nicht bei den Gerichten der allgemeinen Verwaltungsgerichtsbarkeit des Landes beschäftigt sind, reichen das an den Justizminister des Landes Nordrhein-Westfalen zu richtende Gesuch bei dem Präsidenten des Oberverwaltungsgerichts für das Land Nordrhein-Westfalen in Münster ein.

Es wird Bewerbungen entgegengesehen um

1 Stelle eines Richters am Finanzgericht
bei dem Finanzgericht Münster.

Bewerbungen sind innerhalb einer Frist von 2 Wochen auf dem Dienstwege einzureichen.

– MBl. NW. 1976 S. 277.

Hinweise**Inhalt des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Land Nordrhein-Westfalen****Nr. 10 v. 26. 2. 1976**

(Einzelpreis dieser Nummer 1,10 DM zuzüglich Portokosten)

Glied.- Nr.	Datum		Seite
7843	5. 2. 1976	Elfte Verordnung zur Änderung der Durchführungsverordnung zum Vieh- und Fleischgesetz	70
97	9. 2. 1976	Verordnung NW TS Nr. 2/76 über einen Tarif für die Beförderung von Bergen im allgemeinen Güternahverkehr (§ 80 Güterkraftverkehrsgesetz) in Nordrhein-Westfalen	66
97	9. 2. 1976	Verordnung NW TS Nr. 3/76 über einen Tarif für die Beförderung bestimmter Güter im Dauereinsatz im allgemeinen Güternahverkehr (§ 80 Güterkraftverkehrsgesetz) in Nordrhein-Westfalen	67
97	19. 2. 1976	Verordnung NW TS Nr. 4/76 über einen Tarif für die Beförderung von losem Zement in Silofahrzeugen im allgemeinen Güternahverkehr (§ 80 Güterkraftverkehrsgesetz) in Nordrhein-Westfalen	68
97	19. 2. 1976	Verordnung NW TS Nr. 5/76 über einen Tarif für die Beförderung von Zement und Zementklinker von bestimmten Versandplätzen nach bestimmten Empfangsplätzen im allgemeinen Güternahverkehr (§ 80 Güterkraftverkehrsgesetz) in Nordrhein-Westfalen	69

– MBl. NW. 1976 S. 277.

Nr. 11 v. 1. 3. 1976

(Einzelpreis dieser Nummer 1,10 DM zuzüglich Portokosten)

Glied.- Nr.	Datum		Seite
2022	15. 12. 1975	Sechste Änderung der Satzung der Rheinischen Zusatzversorgungskasse für Gemeinden und Gemeindeverbände	72
2022	15. 12. 1975	Zweite Änderung der Satzung der Rheinischen Versorgungskasse für Gemeinden und Gemeindeverbände	74
		Berichtigung der öffentlichen Bekanntmachung über die Auslegung von atomrechtlichen Teilgenehmigungsbescheiden für die Errichtung eines Kernkraftwerkes mit einem schnellen natriumgekühlten Reaktor in der Gemeinde Hönnepel der Stadt Kalkar, Kreis Kleve vom 5. Februar 1976 (GV. NW. S. 64)	76

– MBl. NW. 1976 S. 277.

Inhalt des Justizministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen**Nr. 5 v. 1. 3. 1976**

(Einzelpreis dieser Nummer 1,50 DM zuzüglich Portokosten)

	Seite		Seite
Allgemeine Verfügungen		2. ZPO §§ 114 ff. – Im Ehescheidungsrechtsstreit kann der klagenden Partei auch dann erneut das Armenrecht bewilligt werden, wenn die Möglichkeit bestanden hätte, den ersten Prozeß fortzuführen, statt insoweit die Klage zurückzunehmen und einen neuen Rechtsstreit zu beginnen. OLG Düsseldorf vom 18. Juli 1975 – 15 W 70/75	56
Dienstkleidungszuschuß	49	3. RpfLG § 16 I Nr. 1, § 14 Nr. 4; BGB § 1960. – Die Anordnung einer Nachlaßpflegschaft hinsichtlich des Nachlasses eines Ausländers ist eine dem Richter vorbehaltene, nicht auf den Rechtspfleger übertragbare Angelegenheit. OLG Hamm vom 21. November 1975 – 15 W 64/75	57
Bekanntmachungen	50	Strafrecht	
Hinweise auf Rundverfügungen	50	1. StGB §§ 25, 26, 316; StPO §§ 260, 267. – Wahlfeststellung zwischen vorsätzlicher Trunkenheit im Verkehr und Anstiftung dazu ist möglich. OLG Düsseldorf vom 9. Oktober 1975 – 3 Ss 865/75	58
Personalnachrichten	52	2. StVO § 3; OWiG § 18. – Die als unwiderlegt hingenommene Einlassung eines PKW-Fahrers, der bei Dunkelheit schneller als erlaubt fährt, er habe die ihm in einem Zivilstreifenwagen nachfolgenden Polizeibeamten für Räuber gehalten und sei anschließend unter Mißachtung von Geschwindigkeitsbegrenzungen nur deshalb so schnell gefahren als irgend möglich, um den vermeintlichen Verfolgern zu entkommen, entlastet ihn regelmäßig nicht von dem Vorwurf fahrlässiger Geschwindigkeitsüberschreitung. OLG Hamm vom 21. November 1975 – 2 Ss OWi 806/75	59
Gesetzgebungsübersicht	54		
Rechtsprechung			
Zivilrecht			
1. BGB § 1018; BauO NW §§ 7, 9, 99. – Der Grundsatz, daß beim Bestehen eines gesetzlich begründeten öffentlich-rechtlichen Bauverbots keine Grunddienstbarkeit für ein gleichlaufendes privatrechtliches Bauverbot eingetragen werden darf, gilt nicht, soweit das öffentlich-rechtliche Bauverbot durch eine Baulast nach §§ 99, 9 BauO NW ausgeschaltet ist. OLG Hamm vom 17. November 1975 – 15 W 30/75	55		

– MBl. NW. 1976 S. 278.

Einzelpreis dieser Nummer 2,80 DM

Einzellieferungen nur durch den August Bagel Verlag, 4 Düsseldorf, Grafenberger Allee 100, Tel. 6888293/94, gegen Voreinsendung des vorgenannten Betrages zuzügl. 0,50 DM Versandkosten auf das Postscheckkonto Köln 8516-507. (Der Verlag bittet, keine Postwertzeichen einzusenden.) Es wird dringend empfohlen, Nachbestellungen des Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen möglichst innerhalb eines Vierteljahres nach Erscheinen der jeweiligen Nummer bei dem August Bagel Verlag, 4 Düsseldorf, Grafenberger Allee 100, vorzunehmen, um späteren Lieferschwierigkeiten vorzubeugen. Wenn nicht innerhalb von vier Wochen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen. Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.

Herausgegeben von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf, Elisabethstraße 5. Druck: A. Bagel, Düsseldorf; Vertrieb: August Bagel Verlag, Düsseldorf. Bezug der Ausgabe A (zweiseitiger Druck) und B (einseitiger Druck) durch die Post. Ministerialblätter, in denen nur ein Sachgebiet behandelt wird, werden auch in der Ausgabe B zweiseitig bedruckt geliefert. Bezugspreis vierteljährlich Ausgabe A 25,80 DM, Ausgabe B 27,- DM.

Die genannten Preise enthalten 5,5% Mehrwertsteuer.